



ROBERT NEF

Staatliche Umverteilung ist unsozial

Tages-Anzeiger vom 21. Juli 2008, S.7

Der Glaube von Res Strehle im Tages-Anzeiger vom 17. Juni, dass der Staat durch die erzwungene Umverteilung Gerechtigkeit und Wohlstand für alle zu garantieren vermag, ist fast grenzenlos. Leute, die diesen Glauben nicht teilen, nennt er «ultraliberal» und die Meinung, soziale Ziele könnten auch durch das freie Spiel von Angebot und Nachfrage erreicht werden, hält er für eine Fiktion «unbeirrbarer Marktfundamentalisten». Wie wenn nicht hundertfach nachgewiesen wäre, dass sich soziales Verhalten auch wirtschaftlich lohnt und dass systematisches Ausnützen von Anderen in der Regel auch keinen nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg bringt. Wer die Marktwirtschaft nur als effizienzfördernden aber sozial unempfindlichen Kampf von allen gegen alle versteht, sieht die Welt aus einem ideologisch verzerrten Blickwinkel. Und überbürdet dem Staat die Aufgabe der permanenten Wiederherstellung der ausgleichenden Gerechtigkeit voll. In Strehles Beitrag gegen die Steuergesetzrevision taucht sogar das Zerrbild von den «hartgesottene[n] Geniessern, die sich den Weg ins Luxusrestaurant durch Bettler bahnen», auf. Das tönt wie ein Lied aus alten 68er Zeiten und hat mit dem heutigen Zürich wenig zu tun.

Auch ohne staatliche Eingriffe findet in einer Marktwirtschaft ständig eine spontane Einkommensumverteilung zugunsten jener Leute statt, die produktiv und effizient sind. Diese durch Angebot und Nachfrage bewirkte Umverteilung fördert insgesamt die wirtschaftliche Produktivität sowie den Fortschritt, allerdings nicht für alle im gleichen Ausmass. Offensichtlich sind auch nicht alle in der Lage, ihre Chancen optimal zu nutzen. Entscheidend ist, dass es wirksame Anreize gibt, etwas zu lernen und zu leisten. Was allen nützt, muss sich auch für den einzelnen lohnen. Eine offene Gesellschaft funktioniert dank jenen Lernprozessen, die der Wettbewerb mit seinen nicht voraussehbaren und auch nicht planbaren Herausforderungen auslöst. Reiche werden dabei reicher und Arme ebenfalls. Die absolute Armut verwandelt sich dabei in eine relative Armut, bei der die statistisch Armen immerhin oft reicher sind als die Reichen der Generation ihrer Eltern.

Jene, die Gleichheit über Freiheit stellen, werden allerdings selbst bei einer allgemeinen Steigerung des Wohlstandsniveaus die Tatsache anprangern, dass es eine Gruppe von Superreichen gibt, die offenbar dauernd den Neid der weniger Reichen wecken. Sie vertrauen dem Rezept, man könne Arme reicher machen, indem man über die Umverteilung Reiche ärmer macht. Diese Rechnung geht nicht auf. Neid lässt sich so nicht überwinden, und Armut wird, das weiss man auch aus

der Entwicklungspolitik, nicht durch staatliche Gelder wirksam bekämpft, sondern durch produktive Arbeit für alle. Das ist in einer offenen Dienstleistungsgesellschaft keine Utopie.

Das Gespenst der Massenabwanderung der Reichen in steuergünstigere Kantone ist kein gutes Argument für eine allgemeine Steuersenkung. Die negativen Folgen einer sehr progressiven Besteuerung und einer hohen Staatsquote sind subtiler und einschneidender. Durch Steuern erzwungene Umverteilung ist eine Frage des Masses. Ein Zuviel an Umverteilung wirkt sich auf die Arbeitsleistung negativ aus, die Basis gesellschaftlicher Produktivität.

Die Vorstellung einer optimalen Kombination von Markt und staatlichem Zwang, um Einkommen von den Reichen zu den Armen umzuverteilen, ist sehr populär: Strehle nennt den Staat die «einzig erneuerbare Ressource im Sozialbereich.» Doch der Staat zehrt von der Produktivität der Wirtschaft und ist auf sie angewiesen. Umverteilung heizt zwar den Konsum an, weil sie die Kaufkraft der Umverteilungsempfänger erhöht. Jene Mittel, die man dafür den Reichen wegsteuert, fehlen aber als Kapital für Investitionen, speziell auch für Investitionen im Risikobereich. Die Arbeitsproduktivität, die darauf beruht, wird dabei beeinträchtigt. Darunter leiden schliesslich alle, auch die Ärmsten. Umverteilung ist daher zwar auf den ersten Blick und kurzfristig beurteilt «sozial», langfristig aber ein Hemmschuh für Wachstum und jenen Produktivitätsfortschritt, der schliesslich allen zugute kommen würde. Sie setzt die falschen An- und Abreize und begünstigt oft jene, die es gar nicht nötig hätten.

Staatliche Hilfe und Unterstützung muss die begründete Ausnahme und nicht die allgemeine Regel sein. Die Folge davon ist ein gewisses Mass an Ungleichheit. Strehle nennt als Alternative zur staatlichen Umverteilung die gemeinnützigen Stiftungen von Milliardären, und er kritisiert diese Lösung zu Recht. Keine funktionierende Gesellschaft darf die Schwachen und Schwächsten im Stich lassen. Als primäres Auffangnetz besser geeignet ist die familiäre, nachbarschaftliche und innerbetriebliche Solidarität. Sie ist durch keine staatlich gesteuerte Umverteilung ersetzbar, wird dadurch sogar existentiell bedroht. Wer alles Soziale an den Staat delegiert, muss früher oder später das Verkümmern der spontanen Solidarität in Kleingruppen in Kauf nehmen und setzt so einen Teufelskreis in Gang, der die Zwangssolidarität erst nötig macht. Unbegrenzte Ansprüche der Staatskonsumenten kollidieren früher oder später mit der begrenzten Zahlungsbereitschaft der Steuerzahler. Steuersenkungen für alle, auch für Reiche, und eine Reduktion der Staats- und Umverteilungsquote sind nicht in erster Linie als Massnahme gegen Steuerflucht zu befürworten. Sie sind ein Mittel für den schrittweisen Ausstieg aus dem schädlichen Teufelskreis staatlich verordneter Zwangssolidarität.

Robert Nef ist Präsident des Stiftungsrates des Liberalen Instituts und Mitherausgeber der Schweizer Monatshefte